Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 9

Artikel: Nachbarn auf einem kleinen Planeten : Rede vor der Parteihochschule der Volksrepublik China 1984

Autor: Brandt, Willi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340152

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nazijuristen stellten die Weichen

Zurückzuführen ist die Entwicklung bis zur Aussperrung auf ehemalige NS-Juristen wie Hans Carl Nipperdey, einen der Mitherausgeber des Kommentars zur «Ordnung der nationalen Arbeit» im Dritten Reich. Er übte mit seinen alten Gesinnungsfreunden nach 1945 einen verhängnisvollen Einfluss auf die Entwicklung des Arbeitsrechts aus. Ausgerechnet ein Paragraphenreiter, der für die «Beseitigung des Klassenkampfes in Beruf und Betrieb» in der NS-Zeit eintrat, sorgte innerhalb des «Arbeitsrechtskartells» für die Besetzung von Lehrstühlen und Institutionen mit braunen Gesinnungsfreunden und entsprechendem Nachwuchs.

Dieser Vasall des Unrechtsstaates konne 1954 Präsident des neugeschaffenen Bundesarbeitsgerichtes werden, nachdem er im Sommer 1952 in einem Gutachten für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gewerkschaftsfeindliche Auffassungen vertrat, die zum geltenden Recht wurden. Es ging um Ersatzansprüche an die Gewerkschaften beim Zeitungsstreik von 1952. Nipperdey konstruierte damals die Theorie vom unzulässigen «politischen» Streik. Auch die juristische Gleichstellung von Streik und Aussperrung, trotz der Übermacht der Arbeitgeber auf Grund ihres Eigentums an den Produktionsmitteln, stammt von ihm. Für Nipperdey ist die «Waffengleichheit» erst durch die Aussperrung geschaffen worden. Auf sein Konto geht auch die Diffamierung spontaner Streiks, die als «wilde» Streiks im Arbeitsrecht ihren Eingang fanden.

Autonomie erstes Gebot

Kein Wunder, wenn Leonhard Mahlein eine autonome Gewerkschaftspolitik verficht und jede systemstützende Rolle innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ablehnt. Sein Einfluss innerhalb des DGB war beachtlich. Vier Industriegewerkschaften — Druck und Papier; Metall; Holz und Kunststoff; Handel, Banken und Versicherungen — stützen mehr oder weniger seine Thesen, während die übrigen Industriegewerkschaften eine reformistische, sozialdemokratische Linie verfolgen.

Willi Brandt

Nachbarn auf einem kleinen Planeten

Rede vor der Parteihochschule der Volksrepublik China 1984

Für die Möglichkeit, hier zu Fragen des Friedens sprechen zu können, möchte ich aufrichtig danken. Ich will Bemerkungen zu drei Bereichen machen: erstens zum Denken über Krieg und Frieden in der aufklärerischen und der sozialistischen Tradition; zweitens zu Aspekten der aktuellen Lage; drittens zu einigen grundsätzlichen und praktischen Schlussfolgerungen.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich, in Mitteleuropa geboren und im europäischen Denken und Leben zu Haus, dazu neige, die Dinge aus meinem Teil der Welt zu betrachten und an dessen Geschichte zu illustrieren. Ich bin nach China gekommen, um mehr darüber zu erfahren, wie die Weltprobleme *hier* gesehen werden. Mir ist von vornherein bewusst, dass sich Ihnen manche Fragen anders stellen als uns. Und dass wir gut daran tun, Ihre Erfahrungen einzubeziehen und Ihre Urteile zu bedenken. Ich bin natürlich auch gekommen, um auf Ihre Fragen Antwort zu geben.

I.

Als das europäische Bürgertum noch jung, als es fortschrittlich war — also zu Zeiten der Französischen Revolution von 1789 — war der Völkerfriede eine seiner leitenden Ideen. Die bürgerlichen Revolutionäre waren überzeugt, dass die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im Innern, die nationale Versöhnung also, den Frieden zwischen den Nationen mit Notwendigkeit nach sich zöge. Der Gedanke schien einfach: Eine Gesellschaft, eine Nation, die im Innern Zwang und Unterdrückung beseitigt, Humanität und Menschenrecht verwirklicht hat, wird nach aussen nicht Zwang und Unterdrückung üben, nicht Vernunft und Würde des Menschen mit Füssen treten. Diese Gedankenfigur vom — modern ausgedrückt — Primat der Innen- über die Aussenpolitik kehrt in der sozialistischen Theorie wieder. Ich komme darauf zurück.

In der Praxis stellte sich das Problem nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal anders dar. Um zu siegen, musste die bürgerliche Revolution sich der Kräfte des Ancien Régime mit Gewalt erwehren: im Innern wie nach aussen. Ihre Kriege erschütterten den Glauben der Revolutionäre an den künftigen Völkerfrieden nicht. Er, so nahm man unvermindert an, werde sich einstellen, sobald in allen Ländern die

bürgerliche Revolution geglückt, die Nation versöhnt, die Republik errichtet sei. Der Krieg, der notwendig war, um dahin zu gelangen, mochte aktuell ein Übel sein — in Perspektive erschien er als fortschrittliche Tat, als Akt der Befreiung. So war auch nach der bürgerlichen Revolution der Krieg nicht aus der Welt, und wie in den Feudalsystemen des Mittelalters gab es Gründe, ihn zu rechtfertigen. Galt früher der «gerechte», im Sinne von «gottgewollte» Krieg als gut, so war jetzt gut der revolutionäre, weil fortschrittliche. Aufgrund der ungleichzeitigen Entwicklung der Völker, auch der europäischen, kam es in der Praxis nie zur Probe, ob in einem vollkommenen internationalen Konzert demokratischer Republiken der Völkerfriede auf Dauer gesichert sei.

Blickt man auf die Grossmächte, so hielten sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (und z.T. darüber hinaus) in Japan, in Russland, in Österreich-Ungarn und in Deutschland feudale Strukturen (oder Reststrukturen) in den politischen und rechtlichen Systemen. Und am Ausgang des 1. Weltkrieges gab es zwar die zentral-europäischen Monarchien nicht mehr, dafür aber mit der Sowjetunion das erste nachbürgerliche Staatsgebilde.

Immerhin: Dass die weltweite Vollendung der bürgerlichen Revolution den Weltfrieden verbürge, wurde gegen Ende des 19., zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend angezweifelt. Die heftigsten Zweifler entstammten der internationalen Sozialdemokratie. Die proletarische Emanzipationsbewegung, als deren Kern sich im 19. Jahrhundert die Sozialdemokratie herausbildete, hatte in vielem das Erbe der bürgerlichen Aufklärung und Revolution angetreten.

Wie die bürgerlichen Revolutionäre von 1789 setzten auch die Sozialdemokraten von 1889, also jene der II. Internationale, auf die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und wie jene glaubten sie mit der gesellschaftlichen Realisierung dieser Tugenden den Boden für dauerhaften Frieden zwischen den Völkern bereitet. Doch anders als Jakobiner und Sansculottes sah die sozialdemokratische Arbeiterbewegung die Nation nicht schon in der Republik, sondern erst im Sozialismus versöhnt.

Tatsächlich ging die kritische Erkenntnis, dass auch die bürgerliche Gesellschaft Klassengesellschaft, der bürgerliche Staat Klassenstaat sei, dem Misstrauen in die *äussere* Friedfertigkeit dieser Gebilde voraus. Solange England die Welt und den Weltmarkt beherrschte und der Kapitalismus freihändlerisch war, traute man auch auf der Linken der bürgerlichen Welt den äusseren Frieden zu — im grossen zumindest. Das änderte sich erst mit dem Aufkommen des klassischen Imperialismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Das heisst: mit der Herausbildung eines von wenigen Grossmächten geprägten Staatensystems, das die eindeutige und unbestrittene Vorherrschaft einer einzelnen Macht nicht mehr kannte, dessen Zentren nationale Unterdrückung unmittelbar und in grossem Massstab betrieben — sei es im eigenen Staatsverband, sei es in den Kolonien — und in dem der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gängiges Kalkül war.

Angesichts des Imperialismus der kapitalistischen Welt um die Jahrhundertwende bekräftigte die damalige Sozialdemokratie die Lehre vom Primat der Innenpolitik und betrachtete mehr und mehr den Frieden als strukturell gefährdet. Der fortschrittliche Krieg, den Revolutionären von 1789 (oder 1792), aber auch Marx und Engels noch ohne weiteres geläufig, hatte sich unter den Bedingungen des imperialistischen Weltsystems offenkundig überlebt. Der ansatzweise Anspruch der II. Internationale auf eine handlungsfähige Organisation entsprang denn auch dem drängenden Bedürfnis, die Kräfte der Arbeiterbewegung grenzüberschreitend zusammenzufassen, weil die Kriegsverhütung nur im internationalen Zusammenwirken erfolgreich würde betrieben werden können. Kriegsverhütung aber war fortan der Kern jeder fortschrittlichen Aussenpolitik, mithin damals jener der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Wir wissen, dass das Bemühen, den Grossen Krieg zu verhindern, im Juli 1914 misslang. Man könnte auch sagen: kläglich misslang. Weder die nationalen Emanzipationsbewegungen der geknebelten Völker und Volksgruppen, noch die sozialen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterklassen waren stark genug gewesen, das imperialistische oder nationalistische Machtinteresse sozusagen bis zur Friedlichkeit zu schwächen. Aber nicht nur der Friede wurde durch den Ersten Weltkrieg zerstört, sondern auch die Einheit der Arbeiterbewegung und ihrer Internationale. Die säkulare Spaltung der Arbeiterbewegung während und im Gefolge des Ersten Weltkrieges spaltete auch das Denken der Linken über Krieg und Frieden.

Als die Feindseligkeiten 1918 zu Ende gingen, hatten sie gewaltige materielle Mittel verschlungen. Neun Millionen Kombattanten hatten das Leben, ebenso viele die Gesundheit eingebüsst. Hunger und Seuchen hatten weitere Millionen hingerafft. Die Welt war ärmer geworden. Gewiss, wenn ich bei meinem Teil der Welt bleiben darf: den Tschechen hatte der Krieg das Selbstbestimmungsrecht beschert, auch den Finnen und den Polen. Die Deutschen und die Österreicher waren ihre Kaiser

losgeworden und die Völkerschaften des russischen Reiches den Zaren.
Hatte sich der Krieg der Nationen also doch gelohnt, zumindest teilweise? Sollte man ihn — auch als Sozialist dieser oder jener Prägung — fortan wieder als Mittel der Politik betrachten: als ein gefährliches zwar, aber eben auch ein effizientes? War der «fortschrittliche Krieg» immer noch — oder schon wieder — eine mögliche Kategorie? Man konnte natürlich auch anders fragen und urteilen: Welchen Sinn machten alle polit-strategischen Rechnungen dieser Art, wenn der Nutzen so gering und der Schaden so gross war?
Es spricht für den Wirklichkeitssinn der Arbeiterbewegung, dass sie in ihrer Mehrheit zwischen den Weltkriegen zu einer Position fand, die der vor dem Ersten Weltkrieg nicht unähnlich war. Sie gab, jedenfalls ganz überwiegend, der präventiven Kriegsverhütung absoluten Vorrang. Der Widerwille gegen einen neuen allgemeinen Krieg reichte so tief, dass gerade auch in den sozialdemokratischen Parteien Entschlossenheit spürbar war, nicht erneut unter irgendeinem Deckmantel sich in ein imperialistisches Kriegsabenteuer hetzen zu lassen.
Aber tatsächlich hat die Arbeiterbewegung der dreissiger Jahre den Zweiten Weltkrieg so wenig verhindern können wie den Ersten. Von einigen darf man annehmen, dass sie ihn am Ende nicht mehr um jeden Preis verhindern wollten — in der Hoffnung, aussenvor zu bleiben. Von anderen weiss man, dass sie schliesslich fast erleichtert waren und dachten, notfalls sei ein Ende mit Schrecken einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Wieder andere liessen auch im Angesicht des mörderischen Hitler-Faschismus, der in den auswärtigen Beziehungen einen Imperialismus neuer Qualität verkörperte, nicht vom prinzipiellen Pazifismus der Zwischenkriegsjahre ab. Den besonderen chinesischen Weg brauche ich Ihnen nicht zu erläutern; Sie kennen ihn besser als ich.
Man kann feststellen, dass die internationale Arbeiterbewegung in ihrer überwältigenden Mehrheit die Niederlage des Hitler-Faschismus (und seiner Verbündeten) für notwenig hielt, die Kriegsanstrengungen der Anti-Hitler-Koalition nachhaltig stützte und ihren Teil zum Sieg beitrug.
Die Verluste an Menschen und Material, die der Zweite Weltkrieg verursachte, waren um ein Vielfaches höher als die Verluste im Ersten. Nun könnte man erneut eine Rechnung aufmachen und fragen, ob der Krieg nicht doch — trozt alledem — die Welt *auch* ein Stück vorangebracht habe. Bei der Beantwortung dieser Frage wird man schwerlich Übereinstimmung erzielen können, weil die Meinungen zu sehr darüber auseinandergehen, was am Ausgang des Zweiten Weltkrieges als Fortschritt zu werten sei und was nicht. Freilich, dass der Krieg im Ergebnis dem Faschismus als Staatsmacht das Genick gebrochen und ausserdem — anders als sich einige der Betroffenen gedacht hatten — den kolonialistischen Zugriff der alten Mächte entscheidend geschwächt hat, dies zählen wahrscheinlich nicht nur deutsche Sozialdemokraten zu den begrüssenswerten Wendungen. Für Sie in China steht verständlicherweise die Errichtung der Volksrepublik im Mittelpunkt.
Das perspektivisch wichtigste Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ist meines Erachtens der qualitative Sprung in der Waffenentwicklung mit der Produktion und dem erstmaligen Einsatz von Atombomben. Von da an ist nichts mehr, wie es vorher war. Bis zu dieser Erkenntnis musste indes eine geraume Zeit vergehen. Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, als sei die Einsicht in das qualitativ Neue hier und da immer noch nicht vollzogen oder bereits wieder verlorengegangen. Das ändert jedoch nichts daran, dass tendenziell seit Hiroshima und Nagasaki, aktuell seit den frühen 60er Jahren, das Problem von Krieg und Frieden sich radikal neu stellt.

II.

«Die grösste und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.» Dieser Satz steht an hervorragender Stelle des Grundsatzprogramms, das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich im November 1959 auf ihrem Godesberger Parteitag gab. Die Autoren kannten den Zweiten Weltkrieg aus eigener bitterer Erfahrung. Sie fürchteten einen dritten, atomaren Weltkrieg, und sie taten dies um so mehr, als sie wussten und an anderer Stelle des Programms auch schrieben, dass dieses Unglück jederzeit «durch menschliches Versagen ausgelöst» werden könne und geeignet sein werde, die «Selbstvernichtung» der Menschheit herbeizuführen.
Die Aussage, ein neuer allgemeiner, ein neuer Welt-Krieg laufe auf die Selbstvernichtung der Menschheit hinaus, 1959 vielleicht mehr Ahnung als Gewissheit, ist heute weithin unbestritten. Die Militärfachleute sprechen von «mutual assured destruction», also von gegenseitig gesicherter Zerstörung, im Verhältnis der beiden Supermächte; sie meinen die todbringende Zweitschlagfähigkeit. Die Wissenschaftler sagen uns, dass weltweit nicht viel heil bliebe, wenn erst die USA und die SU ihre atomaren Mittel einsetzen. Mögen der Erste und der Zweite Weltkrieg ungeachtet allen Elends und aller Zerstörung noch Positives bewirkt haben —

vom Dritten ist in dieser Beziehung nichts mehr zu erwarten.
Die «mutual assured destruction», die Fähigkeit, die Erde zu einem unbewohnbaren oder nahezu unbewohnbaren Ort zu machen, ist das qualitativ Neue, von dem ich sprach. Aus ihm folgt, dass die Verhütung des allgemeinen Krieges absolute Priorität bekommt.
Da allgemeiner Krieg allgemeine Vernichtung nach sich zöge, ist seine Verhütung allgemeine Aufgabe. Das heisst: Sie ist allen Völkern und Staaten aufgegeben; wir dürfen und müssen sie von allen Regierungen einfordern. Freilich: Allein mit der verbal bekundeten Bereitschaft, Frieden zu wahren, ist es unter den gegebenen Bedingungen kaum noch getan.
Denn auch das gehört zur Analyse: Angesichts des neuen kalten Krieges, in den sich die beiden Supermächte verbissen haben, ist die Bekundung friedlicher Gesinnung bestenfalls ein freundliches Zeichen, tatsächlich aber hinter den Anforderungen der Zeit weit zurück. Was wir in Wahrheit brauchen, ist eine durchdachte Politik in allen Staaten und Systemen, die genügend Kraft und Willen mobilisieren, in Theorie und Praxis, in Entwurf und Verwirklichung, den Weltfrieden zu stärken und unzerbrechbar zu machen.
Ich will einige Elemente einer solchen Politik skizzieren, wenn auch natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Um zu Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung zu gelangen, bedarf es in erster Linie eines entsprechenden Willens der in etwa gleich Starken. Wenn seit fünf Jahren kein Ergebnis mehr erzielt wurde, dann lag das kaum an mangelnden Fähigkeiten der Diplomaten, sondern vielmehr an den Weisungen, die sie bekamen. SALT II war das letzte Abkommen, das für beide, Amerikaner und Russen, Risiken und Vorteile enthielt. Seither versucht jede Seite, ihre Schwächen zu mindern und die des Partners zu mehren. Die Fortsetzung der Machtpolitik am Verhandlungstisch, oder gar Verhandlungen als politisch-psychologischer Flankenschutz weiterer Rüstung, können nicht zu Rüstungsbegrenzungs-Abkommen führen, nicht einmal zum Test-Stop. Der Wille fehlt bei solchen, die auf die Wirkung noch immer grösserer Stärke setzen. Denn: etwa gleiche Stärke ist keine schlechte Voraussetzung für den Willen zu Rüstungskontrolle.
Die Partei, deren Vorsitzender ich bin, hat traditionell — anders als Ihre kämpfende Partei — kein besonderes Verhältnis zur militärischen Gewalt als politischem Mittel. Meine Partei hat den Rückgriff darauf selbst dann oft verschmäht, wo sie selbst ein Opfer herrschender Gewalt wurde. Gleichwohl steht uns heute, ob wir nach Mittelamerika oder anderswo hinschauen, nicht der Sinn danach, anderen allein daraus einen Vorwurf zu machen, dass sie den sozial-militanten Weg gehen, wo ihnen ein friedlicher verbaut ist. Freilich: wo ein neuer weltweiter Krieg sich verbietet, weil er das Ende bedeutete, hat der Kampf, welcher Bewegung auch immer, eine Grenze dort, wo die Verantwortung gegenüber der Existenz der Menschheit beginnt.
Die Gefahr für den allgemeinen Frieden liegt jedoch gewiss weniger in der Masslosigkeit des Friedensstrebens von schwer benachteiligten Völkern, nicht einmal in schwer verständlichen Irrationalismen in dieser oder jener Region, als vielmehr in der Neigung Dritter, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen oder den Ost-West-Konflikt zu exportieren. Zu den Elementen einer globalen Friedens-Politik gehört darum ein Instrumentarium politischer und rechtlicher Natur, also überprüfbare Verpflichtungen, wodurch Einmischung abgeriegelt oder jedenfalls gemindert wird.
Ausser eigensüchtigen nationalistischen und hegemonistischen Gründen gibt es auch moralische Überzeugungen, subjektiv ehrlich und objektiv scheinbar gerechtfertigt, die es nahelegen, zu intervenieren, den Geschundenen — notfalls mit äussersten Mitteln — zu Hilfe zu eilen. Und doch gebieten Erfahrung und Einsicht, mitmenschliche und ideelle Verbundenheit politisch zu zügeln, sie nicht nur mit Leidenschaft, sondern auch mit Verstand zu üben. Dabei muss klar sein: die Verantwortung jedes Staates wächst mit dem Gewicht seiner Macht. Nicht-Einmischung ist nicht nur ein schönes Prinzip, sondern ein Gebot der politischen Vernunft. Und Zurückhaltung ist — das lässt sich nachweisen — oft ein erfolgreicheres Verfahren, als manche seiner Kritiker glauben.
Ein weiteres Element fortschrittlicher Politik, die wir brauchen, will ich nur kurz andeuten. Es handelt sich um den problematischen Zusammenhang — der instinktiv einleuchtet, aber der wissenschaftlichen Erhellung bedarf — zwischen Wettrüsten und Entwicklung der Weltwirtschaft, besonders im Hinblick auf die armen Regionen dieser Welt. Für den gesunden Menschenverstand liegt ohne weiteres auf der Hand, dass der gesellschaftliche Reichtum, den die Rüstung verschlingt, an anderer Stelle fehlt. Grundsätzlich anderes wird auch die wissenschaftliche Analyse nicht enthüllen. Gleichwohl sind viele Fragen offen: besonders was die Ökonomie des Wettrüstens betrifft, seinen Einfluss auf die Stabilisierung bzw. Destabilisierung der Wirtschaftssysteme, seine Auswirkung auf Ausmass, Gang und Charakter des technischen Fortschritts. Wenn diese und andere

Fragen präzise Antworten finden und die Antworten annähernd so ausfallen, wie man beim Stand unserer heutigen Erkenntnisse vermuten darf, dann werden uns zahlreiche neue Argumente an die Hand gegeben werden für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Sicherheitssysteme auf reduzierter Stufenleiter.

Zu diesem Komplex gehört auch, die Rüstungskonversion technisch und ökonomisch zu denken und auf den Weg zu bringen — also nicht bloss die Vergeudung zu ermessen, welche das Wettrüsten provoziert, und nicht bloss die ökonomischen und technologischen Fehlsteuerungen in seinem Gefolge zu benennen. Wichtig wäre in der Tat, die schrittweise Abkehr von der Hochrüstung zu konkretisieren, d.h. ihre Machbarkeit herauszuarbeiten und ihren Nutzen beispielhaft darzustellen. Denn viele Menschen hängen dem gesellschaftlich Falschen auch dann noch an, wenn sie es lange durchschaut haben. Es überzeugt sie die Notwendigkeit der Änderung erst, wenn sie an die Veränderbarkeit glauben können.

III.

Die SPD hat auf ihrem Essener Parteitag ein Sicherheitskonzept bestätigt, das die Idee der Gemeinsamen Sicherheit an die Stelle der Einseitigen Sicherheit setzt. Statt nur *gegen* den denkbaren Gegner zu denken und zu planen, soll der Krieg *mit* ihm in einer gemeinsamen Anstrengung verhütet werden. Die deutsche Sozialdemokratie befindet sich dabei in Übereinstimmung mit der Sozialistischen Internationale, die (auf ihrer Brüsseler Bureau-Sitzung im November 1983) feststellte: das augenblickliche Gleichgewicht des Schreckens muss durch ein Gleichgewicht der Vernunft und durch ein Konzept gemeinsamer Sicherheit ersetzt werden.

Uns ist klar, dass es einen Prozess des Umdenkens erfordert, bevor man die unserer Erfahrung zuwiderlaufende Vorstellung akzeptiert, dass man nicht *vor,* sondern *mit* dem Gegner sicher sein soll. Vielleicht war es kein Zufall, dass diese Idee im geteilten Deutschland entwickelt wurde. Im Falle eines Konflikts hätten wir das Ende der Bundesrepublik Deutschland, aber auch der DDR. «Im Untergang vereint» war nie unsere Perspektive der Deutschen Einheit. Obwohl es sich bei uns also um zwei Staaten handelt, in denen unterschiedliche Gesellschaften — zunächst auch Besatzungen — unterschiedliche Wertvorstellungen, Wirtschafts- und Regierungsformen entwickelt haben und obwohl diese beiden deutschen Staaten in gegeneinander gerichteten Bündnis-Systemen organisiert sind und bleiben, haben sie das gemeinsame Interesse, ihre Existenz zu sichern. Auf vielen Gebieten Konkurrenten oder Gegner, werden sie nur gemeinsam leben können.

Deswegen sage ich als Deutscher: es gibt keine Chance für Deutschland ohne Frieden. Vielleicht überrascht Sie die zugespitzte Formulierung, aber es ist so: die Sicherheit der DDR ist die Sicherheit der Bundesrepublik und umgekehrt. Dies gilt übrigens auch für Frankreich und Polen, für die Niederlande und die Tschechoslowakei, für Dänemark und Ungarn nicht anders. Es gilt auch für die USA und die Sowjetunion. Ich denke, es gilt für China und Japan; es gilt irgendwann auch für China und die Sowjetunion.

«Mutual assured destruction» hat, was die Grossen angeht, die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht. Jeder Versuch, aus dieser Situation durch einseitige Rüstungsmassnahmen herauszukommen, destabilisiert die Sicherheit zwischen den Nationen. Das ist übrigens ein Grund, weshalb wir deutschen Sozialdemokraten jedes Streben nach militärischer Überlegenheit oder militärischer Hegemonie ablehnen und sogar für gefährlich halten. Ich denke dabei auch an jene Vorstellungen der einen Weltmacht, durch Defensiv-Systeme im Weltraum unverwundbar zu werden. Die andere Weltmacht würde kaum zulassen, verwundbar zu bleiben.

Wir wissen, und ich sage das als ein Freund Amerikas und des amerikanischen Volkes, wie schwer es den Vereinigten Staaten fällt, die Idee der Gemeinsamen Sicherheit als Prinzip zu akzeptieren. Wir wissen, wie schwer es für die Sowjetunion ist, die Lehre vom gerechten Krieg aufzugeben. Freilich: Nicht weniger ist notwendig. Wenn die Menschheit, die imstande war, die Kräfte zu produzieren, durch die sie untergehen *kann*, diese Kräfte nicht beherrscht, *wird* sie untergehen.

Die Gefahr des allgemeinen Krieges und damit der allgemeinen Zerstörung zu beseitigen ist das Ziel der Gemeinsamen Sicherheit. Auf dem Weg zu seiner Verwirklichung die Gefahren zu verringern, ist das Ziel von Schritten, die die SPD in der Strategie-Diskussion vorschlägt, die innerhalb der NATO stattfindet und die heute gültige Strategie der flexiblen Antwort ersetzen soll.

Die Strategie der flexiblen Antwort ist in einem rund sieben Jahre dauernden Prozess an die Stelle der Strategie der massiven Vergeltung gesetzt worden. Sie setzte sich durch, nachdem die Sowjetunion die Fähigkeit erlangt hatte, durch Interkontinentalraketen mit Atomsprengköpfen die Vereinigten Staaten zum ersten Mal in ihrer Geschichte, trotz der sie umgebenden Ozeane, tödlich zu treffen. Und verständlicherweise hielten es die Amerikaner nicht länger für glaubwürdig, so zu tun, als seien sie bereit, ihre Existenz

aufs Spiel zu setzen, um von vornherein einem begrenzten Angriff in Europa zu begegnen. Heute wird die Glaubwürdigkeitsfrage in Europa gestellt. Die Aufgabe, einen Gegner quasi lückenlos abschrecken zu müssen, ohne dass der Einsatz interkontinentaler Raketen notwendig wäre, hat auf der einen Seite zu immer kleineren Atomwaffen geführt — mit der Tendenz, sie sich als Instrumente zur Kriegsführung vorstellen zu können, und hat so die Idee der Begrenzbarkeit des Krieges auf Europa gebracht.

Dies wiederum hat auf der anderen Seite die Frage entstehen lassen, ob noch glaubwürdig sei und von den Menschen akzeptiert werde, wenn im Ernstfall zerstört würde, was verteidigt werden soll. Selbst-Abschreckung, ich deutete es schon an, ist für viele nicht glaubwürdig. Daraus sind dann die Vorschläge entwickelt worden von nuklearfreien Korridoren und der notwendigerweise damit einhergehenden annähernden konventionellen Stabilität, die dem potentiellen Angreifer auch konventionell ein zu hohes Risiko aufbürdet oder ihm die nukleare Eskalation abverlangt mit abermals gleichen Risiken. Man könnte sagen: der Weg führt, über die Zwischenstufe der beiderseits gleichmässig reduzierten Gefährdung, zur Gemeinsamen Sicherheit.

Nun ist mir — wie eingangs erwähnt — bewusst, dass dies eine Sicht ist, die aus der Mitte Europas stammt, aber immerhin damit dem Gebiet der grössten Waffenansammlungen, das am gefährdetsten ist als Objekt einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten.
Die Geschichte — einschliesslich unserer Fehler und der in unserem Namen verübten Verbrechen — hat unser Volk geteilt, genauer: eigene Schuld hat dazu geführt, dass sich die Streitkräfte aus Ost und West in Deutschland trafen und dort blieben. Dass sich der Antagonismus der beiden Grossen entwickelte, daran haben wir Deutschen kaum Schuld. Dass es nicht zum gewaltsamen Ausbruch kam, daran haben wir einen gewissen Anteil. Dass es weiterhin nicht zur Explosion kommt, daran gibt es ein vitales Interesse.

De facto hatten wir nicht und haben wir nicht die Möglichkeit, einen eigenen blockfreien Weg zu gehen. Die Bündnisse bleiben aus unserer Sicht Faktoren der Stabilität, solange nicht eine europäische Friedensordnung erreichbar ist, die die Idee der Gemeinsamen Sicherheit verwirklicht und die Bedürfnisse überflüssig macht. Und damit es hier keine Missverständisse gibt: Unter sozialdemokratischer Verantwortung ist über eine lange Reihe von Jahren hinweg die Bundeswehr in unserem Bündnis nicht schwächer, sondern gewichtiger geworden.

Seine Grösse und seine geographische Lage haben China eine Politik ermöglicht, die nicht auf die europäischen Staaten übertragbar ist. Ich kann die chinesische Haltung verstehen, die die Chance zur relativen Äquidistanz hat. Äquidistanz ist für Europa (West wie Ost) keine Möglichkeit.

Anders die Ablehnung des Hegemonismus. Ist der politische Hegemonismus aus Gründen des Selbstbestimmungsrechts der Völker abzulehen, so der militärische, weil mit der Idee der Gemeinsamen Sicherheit nicht zu vereinbaren. Ich fürchte, dass die Neigung zum politischen Hegemonismus nicht abschaffbar ist. Aus sozialdemokratischer Sicht muss sich evolutionär entwickeln, was das Bessere ist: unter der logisch zwingenden Voraussetzung, dass es sich entwickeln *kann,* dass also der Friede erhalten bleibt.
Die Frage ist, ob die Idee der Gemeinsamen Sicherheit auch ausserhalb der gegeneinander gerichteten Bündnisse, also von NATO und Warschauer Pakt, realisiert werden sollte und könnte. In der europäischen Nachbarschaft, im Nahen Osten, erscheint das ziemlich klar. Die arabische Welt weiss im Grunde, dass sie von einer wirksamen Garantie-Existenz für die Israelis ausgehen muss. Und Israel wird um die Einsicht nicht herumkommen, dass auf Dauer seine Sicherheit nur mit und neben den arabischen Staaten gefunden werden kann. Gemeinsame Sicherheit kann für diese Region der Schlüssel zur Lösung der Probleme sein. Wenn dafür Zeit wäre, würde ich diese Problematik gern für andere Regionen durchgehen.

Auch in bezug auf China glaube ich in aller Bescheidenheit sagen zu können, dass es für die Verwirklichung der ihm gesetzten gewaltigen Aufgaben Frieden braucht und nicht unbetroffen bliebe, wenn der Friede zwischen dem, was man weltpolitisch West und Ost nennt, nicht erhalten werden könnte. Die Volksrepublik ist in ihrer Position mit fast keinem anderen Staat vergleichbar. Nicht nur, aber auch wegen ihrer gewaltigen Ausdehnung. Aber auch sie würde im Falle eines atomaren Konflikts zwischen den beiden Supermächten nicht unberührt bleiben — ganz im Gegenteil. Radioaktiver Fall out respektiert keine Staatsgrenzen. Das gleiche gilt per definitionem für die globalen und wahrscheinlich katastrophalen Klimaveränderungen, die dem allgemeinen Nuklearkrieg auf dem Fusse folgen würden. In diesem Sinne wird man als Aussenstehender sagen dürfen, dass auch die Volksrepublik China objektiv

ein Interesse an Gemeinsamer Sicherheit habe. Es ist jedenfalls für den Fall anzunehmen, dass nur ein System gemeinsamer Sicherheit, das die Supermächte umfasst, den Frieden der Zukunft gewährleisten kann.

Für die Gegenwart muss man feststellen: Die beiden Supermächte sind ihrer Verantwortung für die Beendigung des nuklearen Wettrüstens nicht gerecht geworden, obwohl sie nach § 6 des Atomwaffen-Sperrvertrages dazu verpflichtet wären. Die Rüstungskontrollverhandlungen START und INF sind gescheitert, nicht zuletzt an den unvereinbaren Verhandlungspositionen und an der Vorstellung, die andere Seite würde nach Beginn der Stationierung schon nachgeben. Ich bin sicher: die fixe Idee, sich durch gegenseitige Rüstungsmassnahmen Vorteile zu verschaffen, wird sich auf Dauer nie erfüllen; sie wird immer von der gegenteiligen Realität eingeholt werden.

Im Frühherbst letzten Jahres habe ich vor einem Ausschuss des US-Kongresses in Washington einen Vorschlag zum stufenweisen Einfrieren und Reduzieren von Atomwaffen gemacht, um einen Ausweg aus der nuklearen Sackgasse zu weisen. Ich schlug vor:

1. zunächst Tests und Stationierung von nuklearen Waffen und Trägersystemen einzufrieren, was ohne langwierige Verhandlungen und ohne grössere Verifikationsprobleme möglich ist.

2. Mit Beginn eines solchen Abkommens sollten die USA auf die Stationierung weiterer Mittelstreckensysteme in Europa verzichten und die Sowjetunion gleichzeitig mit einer wesentlichen Reduzierung ihrer Mittelstreckenraketen beginnen. Auch dies, Stationierungsverzicht und Abbau der Raketen, wäre mit nationalen Mitteln verifizierbar.

3. In einem weiteren Schritt sollten Verhandlungen über ein vollständiges verifizierbares Einfrieren auch der *Produktion* von Nuklearwaffen und Trägersystemen erfolgen.

4. In zusammengelegten Verhandlungen INF und START sollte ein Plan zur Reduzierung zunächst der am meisten destabilisierenden Waffensysteme ausgearbeitet werden.

Dieser Vorschlag hat im Oktober 1983 unter der Überschrift «Bevor es zu spät ist» die Zustimmung von Friedensbewegungen und zahlreichen Persönlichkeiten in den USA und in Westeuropa gefunden. Man könnte ihn ohne grosse Modifikation wieder aufnehmen.

Dass in diesem Sinn die Zeit neue Anstrengungen verlangt, zeigt sich an der «Abrüstungsinitiative aus vier Kontinenten», die dieser Tage von Staatschefs aus blockfreien Ländern der Dritten Welt sowie aus blockfreien bzw. neutralen Ländern Westeuropas angekündigt wurde. Sie wollen nicht länger den atomaren Mächten allein die Verantwortung für Rüstungskontrollverhandlungen überlassen und sich statt dessen bemühen, durch eigene Aktivitäten die atomaren Mächte zu einem Einfrieren der Atomrüstungen und anschliessenden Reduzierungsverhandlungen zu bewegen. Vielleicht kann durch eine solche gemeinsame Aktion nicht-atomarer Länder erreicht werden, dass die Sackgasse bei den Rüstungskontrollverhandlungen überwunden wird.

Wir in Europa wären töricht, wenn wir unsere Sicherheitsprobleme — oder einen Teil davon — auf Asien abwälzen oder verlagern lassen wollten. Und wir wären kurzsichtig, wenn wir uns nicht mit den spezifischen Sicherheitsproblemen in Ihrem Teil der Welt besser vertraut machten.

Was die nuklaren Zerstörungsmittel angeht, so liegt die Hauptverantwortung bei den beiden Supermächten, die im Besitz des bei weitem überragenden Anteils dieser Waffensysteme sind.

Aber auch China besitzt atomare Waffen und ist sich der Bedeutung dessen erkennbar bewusst. Und auch wenn die Waffen der Volksrepublik nicht im Rahmen des Ost-West-Konflikts aufzurechnen sind, sind sie doch da und entfalten Wirkung durch ihre Existenz. Ich möchte jetzt nicht weiter ausführen, dass die nichtnuklearen Staaten global berechtigte Forderungen an die Nuklearmächte haben.

Wir deutschen Sozialdemokraten — und viele mit uns — haben mit Genugtuung verfolgt, wie die Verantwortlichen in der Volksrepublik China sich in den letzten Jahren verstärkt dem Problem der Rüstungskontrolle zugewandt haben. Als dieser Tage Ministerpräsident Zhao die USA und die Sowjetunion aufrief, die Stationierung von Mittelstreckenraketen einzustellen, damit die gespannte Lage in Europa, zwischen Ost und West, entkrampft werde, hat uns das nicht überrascht, dafür um so mehr gefreut.

Im Gegenzug wünschen wir, dass dieser Teil der Welt von jenem Ausmass an Rüstungseskaltion verschont bleibe, unter der Europa-West und Europa-Ost derzeit leiden. Die erhöhten Gefahren könnten uns nicht gleichgültig sein. Denn was den atomaren Frieden angeht, sind wir alle enge Nachbarn auf unserem kleinen Planeten.